Wo stehen die Mandatsinhaber? : Ihre widersprüchliche Stellung im Programmentwurf

Autor(en): **Keller, Paul**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **60 (1981)**

Heft 9

PDF erstellt am: **04.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-339748

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Paul Keller

Wo stehen die Mandatsinhaber?

Ihre widersprüchliche Stellung im Programmentwurf

Den Verfassern des neuen Parteiprogrammes ist kaum zur Auflage gemacht worden, ein Lehrbuch sozialistischer Politik für Mandatsinhaber herauszugeben. Ihre Ziele waren höher gesteckt; entrückt vom Alltäglichen und Selbstverständlichen trugen sie Material zur Errichtung einer visionären politischen Gemeinschaft zusammen, die gemäss der Formulierung im Vorwort klar abgegrenzt zur «bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft» dem zukünftigen Sozialismus in der Schweiz entsprechen sollte. Überzeugt von der Idee der Selbstverwaltung hoben sie dieses Prinzip auf die Spitze eines Turmes, bei dessen Erstellung freilich einige anerkannte Regeln der Baukunst verletzt worden sind. Setzt man das Fundament dieses Gebildes mit der Parteibasis gleich, so ist wenig Wert auf eine solide Verankerung gelegt worden. In Wirklichkeit entstand ein Programmentwurf für die Elite, weil nicht vorstellbar ist, wie der Vertrauensmann, der Sektionsfunktionär, der Parteipräsident einer Durchschnittssektion die Thesen einer kompromisslosen Selbstverwaltung in die Tat umsetzen soll.

Überforderung der Mandatsinhaber

Erst recht mit der Stange im Nebel herumfuchteln müsste ein Behördemitglied in Schule, Gemeinde oder Kanton, das aus seiner Minderheitsposition heraus bestrebt wäre, Programmaussage und Wähleranspruch auf die gleiche Höhe zu bringen. Das hat weder mit Resignation noch Kapitulation etwas zu tun, doch vor dem Marsch nach Utopia gälte es, sich des 21. März 1976 zu erinnern, als die mildest denkbare Form einer Mitbestimmung, von Selbstverwaltung nicht zu reden, bei einer Stimmbeteiligung von 39 Prozent vom Volk wuchtig verworfen worden ist. Unter solchen Vorzeichen betrachtet, meinen es die Verfasser wohl sebst nicht ernst mit der Forderung, dass alle Mandatsinhaber verpflichtet sind, ihre Arbeit im Sinne des Programmes, der strikten Selbstverwaltung also, zu verrichten.

Spärliche und widersprüchliche Hinweise

Im übrigen finden sich in den 80 Seiten Text nur spärliche Hinweise auf den Bereich des Mitwirkens in einer Behörde. Um so mehr lohnt sich ein Eingehen auf die wenigen konkreten Formulierungen, welche sich direkt oder indirekt an die Mandatsinhaber richten. Entschiedener Widerspruch ist bei Aussagen am Platz, die unseren Staat miesmachen. Kaum ein Parteimitglied, das ein öffentliches Amt bekleidet, geht beispielsweise damit einig, dass der Staat den Menschen korrumpiere, dass er eine Illusion sei, dass er sich einer demokratischen Willensbildung entziehe und eine Attrappe sei, oder dass die rapid wachsende Bürokratie den Menschen bedrohe und die bestimmenden Faktoren der Wirtschaft und des Kapitals seien.

Zugegeben: Den demokratischen Idealzustand haben wir in unserem Land noch nicht erreicht und etwas Pfeffer und Salz gehört in ein Parteiprogramm. Aber Sprüche klopfen im Stil des «Trumpf-Buur» zielt an der Wirklichkeit vorbei und das Wort von den korrumpierten Menschen behaftet die Mandatsinhaber aller Stufen auch aus unserer Partei mit dem schon längst überholten und x-mal widerlegten Begriff einer Kollektivschuld.

Von der hohen Zielsetzung des Programmes her betrachtet noch unverständlicher sind die klaren Widersprüche. Da ruft man nach einer Rahmenplanung auf allen Stufen und Ebenen, um dann handkerum die Experten zu verteufeln, weil sie eine Domäne der Politiker seien. Frage: Wer muss denn die alles umfassende Planung durchführen? Eine Antwort sucht man vergeblich. *In FDP-Gefilde versetzt fühlt man sich beim Lesen des Ratschlages, staatliche Funktionen seien zurückzunehmen.* An ihre Stelle müssten «Organisatoren» auf lokaler und regionaler Ebene treten. Was mit diesen Organisationen gemeint ist und welche Funktionen ihnen zustehen, bleibt das wohlbehütete Geheimnis der Programm-Macher. Fragen nach näheren Umständen lässt sich auch bei der These, wonach der Aktionsraum für Eingriffe der Behörden erweitert werden müsse. Doch reimt sich dies mit der Klage,

der Polizeiapparat sei massiv ausgebaut worden? Mit ins schiefe Bild passen Sätze wie: «Die Konkordanz diene den Bürgerlichen» oder «die Mitarbeit in Behörden komme einer Abdankung gleich!» Müssen sich nun alle SP-Mandatsinhaber zurückziehen, bis im ganzen Land die Mehrheitsschwelle überschritten ist?
Mit Vorbehalt aufzunehmen ist auch die Idee, eine ständige Programmkommission zu bilden. Irgendwann kommt der Punkt, da man aus dem Planen heraus und auf festen Boden zusteuern muss, wenn man nicht Gefahr laufen will, dass die «rollende Planung» einem von selbst davonläuft. Gut hingegen ist die Anregung, die Mandatsinhaber laufend zu beraten. Ausgelernt hat man bekanntlich nie!
Es lässt sich voraussehen, dass nach dem Eingang aller Stellungnahmen und nach gewalteter Diskussion am Parteitag die Revisionsarbeit zu einem Programm von neuem beginnen muss. Ein Unglück ist dies nicht; der Weg geht einfach in umgekehrter Richtung, also von unten nach oben...

Peter Hablützel

Die Grenzen der Staatsverschuldung

Bundesfinanzpolitik aus sozialdemokratischer Sicht. 1. Teil

Am 29. November 1981 wird der «Bundesbeschluss über die Weiterführung der Finanzordnung und die Verbesserung des Bundeshaushalts» Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Dieser Beschluss soll dem Bund bis Ende 1994 die beiden wichtigsten Einnahmequellen (direkte Bundessteuer und Warenumsatzsteuer) sicherstellen und zur Sanierung des Budgetdefizits beitragen. Peter Hablützel, seit Anfang 1980 persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Willi Ritschard, versucht, die Vorlage in einen grösseren Zusammenhang einzuordnen und aus sozialdemokratischer Sicht zu beurteilen. In einem ersten, allgemeinen Teil stellt er theoretische und historische Überlegungen zur Finanzkrise des Staates an. Ein zweiter, konkreter Teil (in der nächsten Nummer der Roten Revue) wird Entstehung und Bedeutung der Vorlage in ihrem aktuellen politischen Zusammenhang beleuchten. Es geht dabei immer auch um das Verhältnis der Sozialdemokratie zum bürgerlichen Staat, eine Frage, die im Umfeld der Programmdiskussion an Bedeutung gewonnen hat.

In der bürgerlichen Gesellschaft bildet die *Finanzpolitik* gewissermassen das *Scharnier zwischen öffentlichem und privatem Sektor,* und der enge Zusammenhang von Staat und Wirtschaft findet in der Entwicklung der öffentlichen Finanzen seinen wohl deutlichsten Niederschlag. Der bürgerliche Staat ist in einem doppelten Sinne von der privaten Wirtschaft abhängig: Zum einen ist er als *«Steuerstaat»* auf privat produzierte Werte angewiesen, deren Besteuerung und deren Leihe zur Finanzierung seiner Aktivität dienen. Zum andern ist er als *«Interventionsstaat»* auf Förderung und Entwicklung der Privatökonomie ausgerichtet. Er schafft und erhält die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Existenzbedingungen der privaten Produktion, deren Voraussetzungs- und Folgekosten er grösstenteils übernimmt. Indem er Infrastrukturleistungen zu niedrigeren als kostendeckenden Preisen anbietet, Versorgungs-, Entsorgungs- und Umweltschutzaufgaben erledigt und mittels Bildungs- und Sozialpolitik den Faktor Arbeit verbilligt, trägt er zu wohlfeileren Produktionsbedingungen bei. Der Staat gewährt sodann den ökonomisch schwächeren Schichten Schutz und mildert durch Umverteilungsmassnahmen die sozialen Spannungen. Schliesslich versucht er, gesellschaftliche Strukturveränderungen zu lenken, den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf auszubalancieren und über Steuerungseingriffe die konjunkturellen Schwankungen zu dämpfen, indem er bald einzelwirtschaftliche Kaufkraft ansaugt, bald gespeicherte oder neugeschaffene Kaufkraft als Investitionsanreiz einsetzt, um die private Wirtschaft anzukurbeln.
Die gesellschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit hat sich in eine ständige *Erweiterung der Staatsfunktion* umgesetzt. Namentlich die Wachstumsforcierung führte seit Mitte der sechziger Jahre zu immer grösseren Voraussetzungs- und Folgekosten der privatwirtschaftlichen Produktion, die über einen *wachsenden Staatsanteil am Sozialprodukt* finanziert werden mussten. Diese Ausdehnung des öffentlichen Sektors blieb wenig umstritten, solange sie gleichsam im Huckepacksystem vom wirtschaftli-